



Politik für die Mehrheit der Menschen

Informationen für Kandidatinnen und Kandidaten
für die Wahl zum Deutschen Bundestag

ARBEIT:
SICHER UND FAIR!

Eine Kampagne
der **IG Metall**

Seite 3

Für die Mehrheit statt die Macht

Seite 4

Deutschlands Beschäftigte weisen den Weg

Größte Beschäftigtenbefragung Deutschlands

Seite 5

Vereinbarkeit: Arbeit ist nicht alles

Familie und gesellschaftliches Engagement

Seite 6

Bildung: Klassenziel verfehlt

Die „Bildungsrepublik Deutschland“ muss nachsitzen

Chancen auf lebenslanges Lernen verwehrt

Seite 8

Junge Generation: Belastete Hoffnungsträger

Verunsicherte Berufseinsteiger:

Die Wahrnehmung der unter 35-Jährigen

Die besonderen Belastungen

Seite 10

Prekäre Beschäftigung: Die Abwärtsspirale

Ausweitung des Niedriglohnsektors

Leiharbeit als Lohn- und Rechtedumping

Seite 12

Werkverträge: Ungerechtigkeit frei Haus

Werkverträge müssen neu geregelt werden

Seite 14

Rente: Alt aussehen per Gesetz

Der Ausblick auf ihren Ruhestand macht die Menschen unruhig

Für die Mehrheit statt die Macht

So laut der Kampf um die Bundestagswahl 2013 auch werden mag: Die Gefahr ist mal wieder groß, dass er die eigentlichen Probleme der Menschen im Land übertönt. Ob auf der Straße, am Infostand, auf dem Marktplatz, im Festzelt oder auf einer Großveranstaltung: Wo auch immer sich die Kandidatinnen und Kandidaten für den 18. Bundestag präsentieren, erwarten die Bürgerinnen und Bürger nicht die große Show – sondern eine Antwort auf ihre großen Sorgen.

Wer die Erlebnisse und Befürchtungen der Menschen ernst nimmt, kommt an den zentralen Ergebnissen der großen Beschäftigtenbefragung 2013 der IG Metall nicht vorbei. Die klare Mehrheit fordert eine Neuordnung am Arbeitsmarkt: hin zu verantwortungsvoller Politik, die die Arbeitskräfte als Produzenten unseres Wohlstandes wertschätzt statt an ihnen Raubbau zu betreiben, hin zu einer stärkeren Regulierung des Arbeitsmarktes gegen prekäre Ausverkaufstendenzen wie dem Missbrauch von Werkverträgen, hin zu einem gerechten wie zukunftsfesten Rentensystem und hin zu gleichen Bildungschancen für alle.

Als größte Gewerkschaft in Deutschland kennt die IG Metall die Probleme der Beschäftigten, Arbeitslosen sowie Rentnerinnen und Rentner mit am besten. Mit dieser Informationsbroschüre zeigt die IG Metall deshalb nicht nur, welche Themen den Wählerinnen und Wählern in den Betrieben besonders wichtig sind. Sie erklärt anhand von Fakten und Belegen auch die Hintergründe, warum und wovor sich die wahren Expertinnen und Experten vor Ort sorgen. Den Menschen hilft keine Machtpolitik. Deshalb fordern sie: „Macht Politik für die Mehrheit der Menschen!“



Quelle: IG Metall Beschäftigtenbefragung 2013

Fakten
für die Neuordnung
am Arbeitsmarkt.

Deutschlands Beschäftigte weisen den Weg

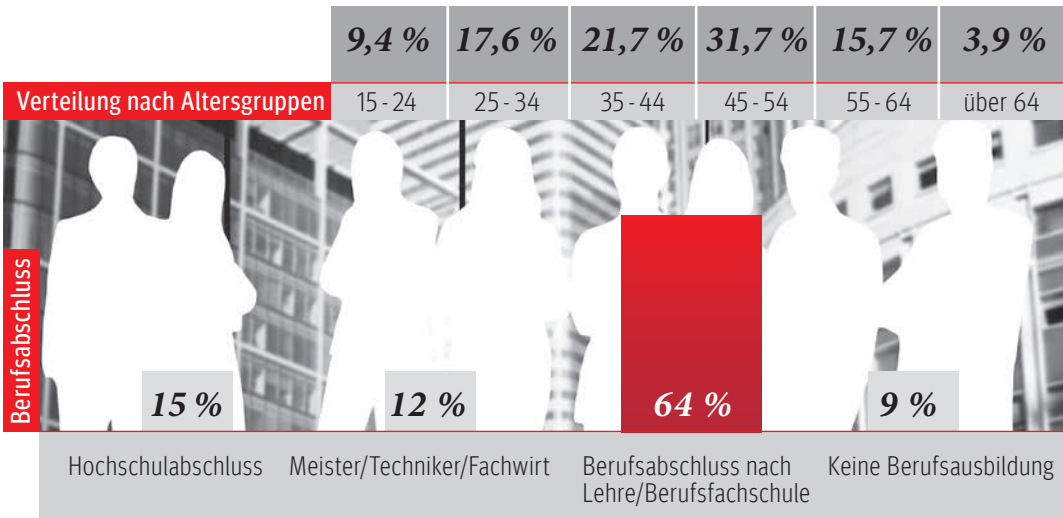
Größte
Beschäftigten-
befragung
Deutschlands.

Mit einer Beteiligung von 514.134 Mitgliedern wie Nichtmitgliedern hat die IG Metall im Frühjahr 2013 in 8.400 Betrieben die größte Befragung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durchgeführt, die es in Deutschland je gab. Ganz unabhängig von den Untersuchungsergebnissen zeigt die Beschäftigtenbefragung unter dem Titel „Arbeit: sicher und fair!“ deutlich: Die Menschen in den Werkhallen, Laboren und Büros haben das Bedürfnis gehört zu werden. An der Umfrage beteiligten sich neben IG Metall-Mitgliedern zu 31 Prozent auch unorganisierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Deutschlands Beschäftigte im Organisationsbereich der IG Metall konnten mit einem vierreihigen Fragebogen und 20 Fragen zu betriebs-, arbeits- und gesellschaftspolitischen Themen der Arbeitswelt zeigen, was für sie persönlich wichtig ist. Die hohe Beteiligung verleiht dieser Umfrage einen großen repräsentativen Charakter. Die Verteilung nach Geschlecht (80 % Männer, 20 % Frauen), Altersgruppen und Berufsabschlüssen entspricht der Verteilung im Zuständigkeitsbereich der IG Metall.

Die größte Beschäftigtenbefragung Deutschlands ist also ein deutlicher Wegweiser: Wer den Menschen zuhört, erhält auch interessante Antworten für seine eigene Arbeit. Und die Aussagen bringen eine große Besorgnis zum Ausdruck: Die Entscheidungen in der Politik koppeln sich immer mehr von der Realität in den Betrieben ab.

IG Metall Beschäftigtenbefragung 2013



Die gesamten Ergebnisse von Deutschlands größter Beschäftigtenbefragung 2013 finden Sie unter www.arbeitsicherundfair.de/befragung

Vereinbarkeit: Arbeit ist nicht alles

Neben der Arbeit warten auf Frauen wie Männer noch zahlreiche andere Herausforderungen, etwa die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen. Laut der Beschäftigtenbefragung der IG Metall sehen 95 Prozent ihr Privatleben durch die Forderungen nach Flexibilität seitens der Firmen stark beeinträchtigt.

Weniger Zeit für ein ruhiges Privatleben

Mussten 2004 noch 6,7 Millionen Beschäftigte Samstag oder Sonntag arbeiten, waren es 2011 bereits 2,2 Millionen mehr. Ein Viertel arbeitet am Wochenende ständig oder regelmäßig, genauso viele am Abend. Auch nachts müssen immer mehr in die Betriebe: inzwischen 12,1 Prozent der Männer und 6,3 Prozent der Frauen.¹

Die Teilzeitregelung ist nur eine Teillösung

Das Recht auf Teilzeit gestaltet sich für die Beschäftigten häufig als Einbahnstraße. Wollte im Jahr 1991 noch jede und jeder zwanzigste Teilzeitbeschäftigte (5 %) lieber Vollzeit arbeiten, war es 2011 schon jede und jeder Sechste (16 %) der fast zehn Millionen Teilzeitbeschäftigten. Beim Wechsel von Teilzeit auf Vollzeit sind Beschäftigte auf den guten Willen des Arbeitgebers angewiesen. Zieht er nicht mit, bleiben sie auf der Teilzeit sprichwörtlich sitzen: mit niedrigeren Einkommen und später niedrigeren Rentenansprüchen.²

Gründe für Teilzeittätigkeit 2011 in Prozent

	Männer	Frauen
Vollzeittätigkeit nicht zu finden	24,1	14,3
Aus- oder Weiterbildung	23,0	6,4
Sonstige familiäre oder persönliche Verantwortungsbereiche	7,6	27,6
Krankheit oder Unfallfolgen	6,8	2,6
Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Personen	2,7	26,1
Vollzeittätigkeit aus anderen Gründen nicht gewünscht	35,9	23,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Bezahlung entwertet Arbeit von Frauen

Frauen erhielten 2012 knapp ein Viertel (22 %) weniger Geld pro Stunde als Männer. In keinem Wirtschaftszweig verdienen sie mehr – auch bei identischer Qualifikation.² Akademikerinnen bekommen hierzulande 44 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, im OECD-Vergleich liegt der Unterschied bei durchschnittlich 33 Prozent.³

Kinder halten vom Arbeiten ab

Im Jahr 2011 haben 91 Prozent aller Väter zwischen 20 und 49 Jahren gearbeitet. Mütter dagegen arbeiteten nur zu 57 Prozent. Mit der Zahl der Kinder sinkt die Erwerbstätigenquote immer weiter.⁴

8,9 Mio.
Beschäftigte
mussten 2011
samstags oder
sonntags arbeiten.

Fazit:

Die Beschäftigten erwarten, dass Betriebe genauso flexibel sein müssen wie sie. 79 Prozent wollen ihre Arbeitszeit vorübergehend z.B. für ihre Kinder oder pflegebedürftigen Angehörigen absenken können.

¹ Statistisches Bundesamt, Bundestagsdrucksache 17/11974; <http://kurzlink.de/7AeGN5OzG>

² Statistisches Bundesamt, Verdienstunterschiede von Männern und Frauen; <http://kurzlink.de/meI0YAvqm>

³ OECD, Bildung auf einen Blick, 2012; <http://kurzlink.de/3fbvuMgyY>

⁴ Statistisches Bundesamt, Qualität der Arbeit; <http://kurzlink.de/3sxG5psJT>

Bildung: Klassenziel verfehlt

Die „Bildungsrepublik Deutschland“ muss nachsitzen, doch lebenslanges Lernen wird den Beschäftigten verwehrt: Knapp die Hälfte (45 %) würde sich der Beschäftigtenbefragung der IG Metall zufolge gerne beruflich weiterentwickeln, kann das aber mangels Geld nicht tun. Obwohl Fachkräftemangel droht, berücksichtigen Politik und Betriebe den Wunsch nur unzureichend. Handlungsbedarf besteht aber schon weitaus früher.

Bildungsausgaben sind unterdurchschnittlich

Während die OECD-Staaten 13 Prozent der öffentlichen Ausgaben in die Bildung investieren, sind es hierzulande nur 10,5 Prozent.¹ Die Unternehmen in Deutschland investieren 0,7 Prozent der gesamten Arbeitskosten in Fort- und Weiterbildung, was 2010 nur noch Portugal, Lettland und Griechenland unterboten.²

Mangelhafte Bildung schadet der Wirtschaft

Bei einem Wachstumsziel von jährlich 1,5 Prozent würden Deutschland bis zum Jahr 2020 rund 2,5 Millionen Beschäftigte fehlen, davon 2,4 Millionen qualifizierte Fachkräfte. Allein im Jahr 2020 entgehen dem Staat und den Sozialkassen damit 120 Milliarden Euro. Der gesamtwirtschaftliche Schaden bis 2020 beträgt dadurch 1,2 Billionen Euro.³

Unternehmen lassen Beschäftigte bei Weiterbildung oft alleine

Laut einer Umfrage unter 600 Führungskräften kümmern sich 39 Prozent „gar nicht“ oder „geringfügig“ um die Weiterbildung von Nichtakademikern und verhindern so ihren sozialen Aufstieg.⁴

Bildungsbarrieren: fünf Schwellen der Bildungsbeteiligung

100 %	Grundschule
76 %	1. Schwelle Übergang an weiterführende Schulen (o. Hauptschulen)
51 %	2. Schwelle Übergang in Sek. II (gymnasiale Oberstufe 11. - 13. Klasse)
45 %	3. Schwelle Studienberechtigung
34 %	4. Schwelle Studienaufnahme
24 %	5. Schwelle Hochschulabschluss

Quelle: Deutsches Studentenwerk, 19. Sozialerhebung, 2009

Die Herkunft entscheidet über die Zukunft

Während 77 Prozent der Kinder von Eltern mit einem Hochschulabschluss nach der Sekundarstufe II selbst ein Studium beginnen, studieren nur 23 Prozent der Kinder von Nichtakademikern.⁵

Bildungsbeteiligung von Kindern nach Hochschulabschluss der Eltern



Quelle: Deutsches Studentenwerk, 20. Sozialerhebung, 2013

Schlechter qualifiziert als die Eltern

Es bleiben mehr Junge zwischen 25 und 34 Jahren hinter dem Bildungsabschluss ihrer Eltern zurück, als dass sie sich höher qualifizieren. Damit ist Deutschland eine Ausnahme. 22 Prozent schließen ihre Ausbildung mit einem niedrigeren Bildungsniveau als ihre Eltern ab, weit mehr als im internationalen Vergleich (13 %).¹

Unterdurchschnittlich an den Universitäten

In Deutschland gibt es zwar immer mehr Studierende, aber mit 42 Prozent beginnen hier 20 Prozent weniger junge Menschen ein Studium als im OECD-Durchschnitt. Auch die Abschlussquote liegt mit 30 Prozent neun Punkte unter dem Durchschnitt.¹ Bei den Studienabbrechern stieg der Anteil seit 2006 von 25 auf 35 Prozent.⁶

Jeder 14. bleibt auf der Strecke

Im Jahr 2010 beendeten 53.100 Jugendliche ihre Schullaufbahn ohne einen Hauptschulabschluss an einer allgemeinbildenden Schule. Sieben Prozent wurden so zu Bildungsverlierern.⁷

Das Bildungssystem ist nicht durchlässig genug

Der sogenannte dritte Bildungsweg führt ein Schattendasein. Trotz steigender Zahlen hatten nur 2,3 Prozent der Studienanfänger 2012 kein Abitur.⁸

Fazit:

Die Beschäftigten erwarten zu 67 Prozent gleiche Bildungschancen, unabhängig vom Status der Eltern. Der Zugang zu (Weiter-)Bildung darf nicht an einfachen oder mangelnden formellen Bildungsabschlüssen scheitern. Der Gesetzgeber muss die Rahmenbedingungen für betriebliche Weiterbildung verbessern.

2,4 Mio. qualifizierte Fachkräfte fehlen laut einer Prognose bis zum Jahr 2020.

¹ OECD, Bildung auf einen Blick, 2012; <http://kurzlink.de/ODAJAK14t>
² Bundesinstitut für Berufsbildung, Betriebliche Weiterbildung in Deutschland, 2010; <http://kurzlink.de/eceeYDvwY>
³ McKinsey/Robert-Bosch-Stiftung: Zukunftsvermögen Bildung, 2008; <http://kurzlink.de/cEqHqF91>
⁴ Vodafone-Stiftung, Förderung von sozialen Aufstiegschancen durch Unternehmen in Deutschland, abgerufen 6/2013; <http://kurzlink.de/zgiSziC1r>

⁵ Deutsches Studentenwerk, Auszug 20. Sozialerhebung 2013; <http://kurzlink.de/48eVFT7Pp>
⁶ Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2012; <http://kurzlink.de/CYHvHfAnf>
⁷ Statistisches Bundesamt: Schulen auf einen Blick, 2012; <http://kurzlink.de/plpO8fcAC>
⁸ Centrum für Hochschulentwicklung, Studieren ohne Abitur, abgerufen 6/2013; <http://kurzlink.de/oNovMpIre>

Junge Generation: Belastete Hoffnungsträger

Sie stehen am Anfang ihres Berufslebens und drohen zu einer Generation zu werden, die am Ende ist: am Ende ihrer Kräfte und am Ende des Vertrauens in den Sozialstaat. Wer unter 35 ist, muss heute mehr leisten als andere und ist verunsicherter. Laut der Beschäftigtenbefragung 2013 der IG Metall glauben 52 Prozent der jungen Generation nicht daran, dass sich das Arbeitsleben für sie lohnt und am Ende eine ausreichende Altersversorgung stehen wird. Gleichzeitig ist der Druck im Job für die Jungen so groß wie noch nie.

Optimismus herrscht nur vordergründig

Zwar blicken 64 Prozent der 14- bis 34-Jährigen optimistisch für sich nach vorne. Gleichzeitig beklagen sie, es schwerer zu haben: 55 Prozent vertreten die Meinung, dass es heute mehr berufliche Anforderungen und Leistungsdruck als früher gibt. 42 Prozent sehen schlechtere Chancen auf ein gutes finanzielles Auskommen, genauso viele zweifeln daran, einen wirklich guten Arbeitsplatz zu finden. Dass sich die soziale Gerechtigkeit zum Positiven verändert hat, glauben nur 14 Prozent.¹

Die junge Generation wird unzufriedener

Trotz der im europäischen Verhältnis sehr viel geringeren Jugendarbeitslosigkeit ist die junge Generation unter 35 unzufriedener als die Älteren: Nur noch 44 Prozent der unter 35-Jährigen waren 2012 mit ihrer finanziellen Situation zufrieden bzw. sehr zufrieden – nach 48 Prozent im Vorjahr.¹

Überdurchschnittlich arbeitslos

Mit 8,2 Prozent waren im Jahr 2012 deutsche Jugendliche unter 25 Jahren weitaus häufiger arbeitslos als der Durchschnitt (5,5 %).²

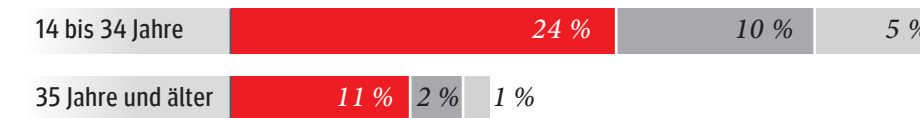
Brüche in Lebensläufen bedeuten Brüche in der Gesellschaft

Immer mehr (45 %) der unter 35-Jährigen beklagen Einschnitte in ihrer Erwerbsbiografie. Vier von zehn schieden schon einmal unfreiwillig aus dem Job, fast genauso viele (38 %) waren bereits länger als sechs Monate arbeitslos. Das wirkt sich auf die Zufriedenheit aus: Während 90 Prozent derjenigen mit glatten Lebensläufen auch zufrieden mit ihrer beruflichen Entwicklung sind, senken Brüche bei den Jungen die Zufriedenheit auf 51 Prozent.¹

Das Normalarbeitsverhältnis ist für Junge unnormal

2012 war laut einer Infratest-Studie jeder dritte junge Arbeitnehmer (32 %) atypisch beschäftigt, also befristet und/oder in Zeitarbeit bzw. einer ABM-Stelle – dreimal so häufig wie Arbeiter und Angestellte über 35 Jahren. Tendenz: steigend. Seit 2008 nahmen diese Beschäftigungsarten bei der jungen Generation um vier Prozentpunkte zu.¹

Prekäre Arbeitsformen im Altersvergleich



■ befristete Arbeitsverhältnisse ■ Leih-/Zeitarbeit ■ ABM-/SAM-Stelle

Quelle: IAB Betriebspanel 2002 - 2011

Nur auf Zeit erwünscht

Fast drei Viertel (72 %) der befristet Beschäftigten kennen in ihrem Erwerbsleben gar keine anderen Verträge als auf Zeit. Schon einmal einen unbefristeten Arbeitsvertrag hatten nur vier von zehn der unter 35-Jährigen. Jeder Zweite (51 %) hat mehrere ungewollte Arbeitsplatzwechsel hinter sich. Dazu arbeiten 45 Prozent der Befristeten unter ihrer Qualifikation. Jeder Dritte (33 %) wechselt aus eigenem Antrieb den Arbeitgeber – auf der Suche nach dem richtigen/guten Job.¹

Leiharbeit ist Sackgasse statt Chance

Mehr als jeder Vierte (29 %) unter 35 musste bereits Erfahrungen als Leiharbeiter sammeln. Entgegen anderer Behauptungen eröffnet diese Beschäftigungsform nur selten die Chance auf einen regulären Job: Nur 8 Prozent der Erwerbstätigen zwischen 14 und 34 Jahren wurden von einer Firma übernommen, bei der sie als Leiharbeiter beschäftigt waren. 62 Prozent der jungen Leiharbeiter empfinden ihren Einsatz in der Verleihbranche als belastend.¹

Frust gefährdet Familienglück

Das Leben von Müttern, Vätern und ihren Kindern wird immer schwerer, glaubt fast jeder Dritte. 30 Prozent der unter 35-Jährigen sagen, dass sich in den letzten Jahren die Situation von Kindern und Familien zum Negativen verändert hat, nur jeder Fünfte sieht hier Verbesserungen.¹

Die junge Generation will gehört werden

Nur jeder Fünfte (19 %) stimmt der Aussage zu, dass sich die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Politik in den letzten 20 Jahren verbessert haben.¹

Die junge Generation wünscht sich selbstbewusste Politiker

Vier von fünf der 14- bis 34-Jährigen (83 %) monieren zu wenig Mut vonseiten der Politik, der Wirtschaft engere Vorgaben zu machen. Drei von vier Jungen bezweifeln sogar voll und ganz (23 %) oder eher (50 %), dass die Politik überhaupt die Macht hat, sich gegenüber der Wirtschaft durchzusetzen.¹

29 %

der Arbeitnehmer unter 35 haben bereits als Leiharbeiter gearbeitet.

Fazit:

Die jungen Beschäftigten erwarten mehr Sicherheit für die Lebensplanung. 98 Prozent der unter 35-Jährigen sehen unbefristete Arbeitsverträge als sehr wichtig bzw. wichtig an. 88 Prozent fordern deshalb die Eingrenzung von Befristungen, Leiharbeit, Mini-Jobs und des Niedriglohnssektors.

38 %
der unter 35-Jährigen waren bereits länger als 6 Monate arbeitslos.

¹ Infratest, Persönliche Lage und Zukunftserwartungen der jungen Generation 2012, 2012; <http://kurzlink.de/yVOJnPYtY>

² Eurostat, Unemployment statistics, abgerufen 6/2013; <http://kurzlink.de/LHbZzbmSd>

Prekäre Beschäftigung: Die Abwärtsspirale

Gleiche Arbeit soll auch gleiches Geld bedeuten: Das sagen 67 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der IG Metall Beschäftigtenbefragung 2013. Für 63 Prozent ist demnach die Eingrenzung des Niedriglohnssektors und sogenannter prekärer Beschäftigung wie Befristungen, Leiharbeit und Mini-Jobs „sehr wichtig“, für weitere 30 Prozent „wichtig“. Arbeit soll den Menschen das Leben ermöglichen. Aber sie verliert immer mehr an Wertschätzung.

Prekäre und schlecht bezahlte Arbeit nimmt zu

Die Bundesrepublik hat den siebtgrößten Niedriglohnsektor in der EU. Seit gut 15 Jahren wächst die Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland im OECD-Vergleich am stärksten. Mussten im Jahr 1995 noch 17,7 Prozent der Beschäftigten für einen Niedriglohn arbeiten, war es im Jahr 2010 bereits fast jeder Vierte (23,1 %) in Ost und West.¹ Das bedeutet: Sie bekamen weniger als zwei Drittel des mittleren Einkommens pro Arbeitsstunde, also in Deutschland höchstens 9,15 Euro.

Hoch ist beim Niedriglohn nur die Zahl der Empfänger

Gut 4,1 Millionen Beschäftigte (12 %) verdienen weniger als 7 Euro brutto pro Stunde und davon 1,4 Millionen sogar weniger als 5 Euro. Ostdeutsche, Frauen und Minijobber sind von solchen Niedrigstlöhnen überproportional betroffen.¹ Bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro hätte jede/r fünfte Beschäftigte Anspruch auf eine Lohnerhöhung (gut 25 % der Frauen und knapp 15 % der Männer).

Leiharbeiter und unter 25-Jährige sind besonders häufig Niedriglöhner

Leihkräfte sind mit 67,7 Prozent weit überdurchschnittlich von Niedriglöhnen betroffen.² Besonders viele Geringverdiener finden sich bei Minijobbern (86 %), Jugendlichen unter 25 Jahren (51 %) und befristeten Beschäftigten (46 %). Bei ihnen kommt zum schlechten Einkommen noch die unsichere Beschäftigung dazu.¹

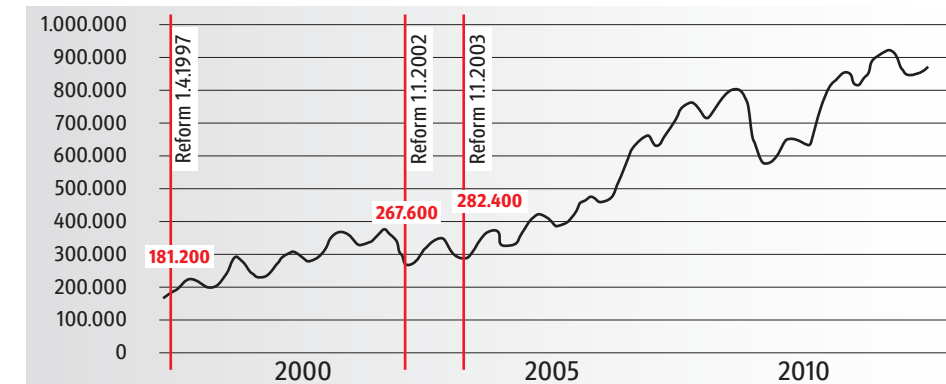
Steuerzahler subventionieren Niedriglöhne

Je mehr der Arbeitsmarkt gespalten wird, desto höher werden die Kosten für die Allgemeinheit: Niedrige Erwerbseinkommen muss der Staat zunehmend durch Arbeitslosengeld II (Hartz IV) aufstocken. Allein 2010 kostete das die Steuerzahler 11,5 Milliarden Euro.³

Leiharbeit nimmt zu

Die Zahl der Leiharbeitskräfte hat seit 2003 trotz starker zyklischer Schwankungen erheblich zugenommen und stieg von rund 300.000 auf den Höchststand von über 900.000 im Juni 2011.⁴ Mit der konjunkturellen Eintrübung war die Zahl zwischenzeitlich zurückgegangen, liegt aber mittlerweile wieder auf dem hohen Niveau von rund 800.000.⁵

Zahl der Leiharbeitnehmer in den letzten 10 Jahren fast verdreifacht



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitnehmerüberlassungsstatistik

Leiharbeit verdrängt Stammbeschäftigung

Sollte die Leiharbeit ursprünglich Personalausfälle überbrücken, lässt ein Teil der Unternehmen Leiharbeiter längerfristig Dauertätigkeiten übernehmen – bei verschlechterten Arbeitsbedingungen.⁶ Etwa die Hälfte dieser flexiblen Jobs geht auf Kosten der Beschäftigung in anderen Sektoren, also auf Kosten der Stammbeschäftigten.⁷

Leiharbeit ist keine Brücke in reguläre Beschäftigung

Die Chance, von einem Entleihbetrieb übernommen zu werden, haben nur 7 Prozent der Leiharbeitnehmer, die zuvor arbeitslos waren. Zwei Drittel der Leiharbeiter schafften in den beiden darauffolgenden Jahren nicht den Sprung in nachhaltige Beschäftigung, sondern blieben in der Arbeitnehmerüberlassung.⁸

Leiharbeit geht auf die Knochen

Leiharbeiter sind mit 17,8 Fehltagen im Jahr deutlich häufiger krank als Beschäftigte am konventionellen Arbeitsmarkt (13,3 Tage). Die körperlich anstrengenden Einsatzbereiche, das Arbeiten unterhalb des eigenen Qualifikationsniveaus und die psychische Belastung der Arbeitsplatzunsicherheit schlagen sich bei den Diagnosen nieder: So sind Leiharbeiter vor allem durch Muskel-Skelett-Erkrankungen (+ 47 %), Atemwegserkrankungen (+25 %), Verletzungen/Vergiftungen (+ 62 %) und psychische Erkrankungen (+ 22 %) gesundheitlich stärker belastet als andere Beschäftigte.⁹

Leiharbeiter verdienen deutlich weniger als Stammbeschäftigte

Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) erhielten im Jahr 2010 im Mittel ein monatliches Bruttoarbeitsentgelt von 2.702 Euro. Der mittlere Verdienst in der Zeitarbeit war mit 1.419 Euro nur gut halb so hoch. Zwar gibt es inzwischen in Branchen wie der Metall- und Elektroindustrie ausgehandelte Zuschläge für Leiharbeiter, die Masse erreichen sie aber nicht.¹⁰

12 %
der Beschäftigten
verdienen
weniger als
7 Euro pro Stunde.

7 %
der Leiharbeit-
nehmer können
mit einer
Übernahme
rechnen.

Fazit:
Die Beschäftigten erwarten die Eingrenzung des Niedriglohnssektors. 63 Prozent halten das für "sehr wichtig". 67 Prozent fordern "voll und ganz" einen gesetzlichen Mindestlohn von anfänglich 8,50 Euro.

¹ Universität Duisburg Essen, IAQ Report 01/2012; <http://kurzlink.de/l0RTjX7L>

² Statistisches Bundesamt, Niedriglohn und Beschäftigung 2010; <http://kurzlink.de/JUdAnQfZ2>

³ Bundesagentur für Arbeit, Grundsicherung für Arbeitsuchende; <http://kurzlink.de/DnPlsmBK3>

⁴ Bundesagentur für Arbeit, Zeitarbeit in Deutschland, Januar 2013; <http://kurzlink.de/VjbeYrz7a>

⁵ Institut der deutschen Wirtschaft, IW Zeitarbeitsindex, 05/2011; <http://kurzlink.de/j1EbL6c5s>

⁶ Otto Brenner Stiftung, Funktionswandel von Leiharbeit, 2009; <http://kurzlink.de/3YhY5fTyt>

⁷ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB Kurzbericht 2/2013; <http://kurzlink.de/2gGslyGjm>

⁸ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB Kurzbericht 13/2010; <http://kurzlink.de/Y52km9SRY>

⁹ Techniker Krankenkasse, Pressemitteilung Fehlzeitenreport 2013; <http://kurzlink.de/Mce5ZMuzn>

¹⁰ Bundesagentur für Arbeit, Zeitarbeit in Deutschland, 2013; <http://kurzlink.de/brYFzUyx0>

Werkverträge: Ungerechtigkeit frei Haus

Werkverträge sind in einer arbeitsteiligen und effizienten Wirtschaft, in der sich Unternehmen auf bestimmte Tätigkeiten spezialisieren, unverzichtbar. Problematisch werden Werkverträge, wenn ihr eigentlicher Zweck nicht mehr im Vordergrund steht: kompetente und eigenständig arbeitende Unternehmen mit Werken zu beauftragen. Vermehrt umgehen Firmen damit ihre arbeits- und tarifvertraglichen Pflichten. Deshalb unterstützen 92 Prozent in der Beschäftigtenbefragung 2013 der IG Metall die Aussage, dass Werkverträge gesetzlich neu geregelt werden müssen.

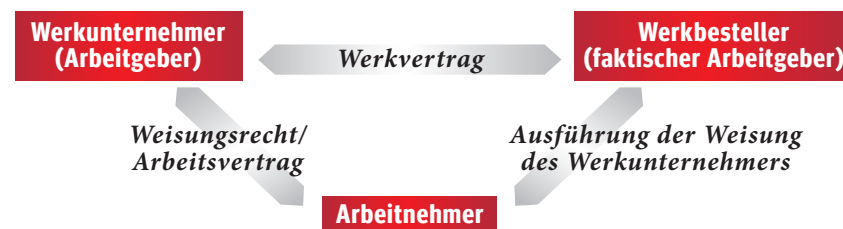
Werkverträge verändern ihren Charakter

Früher ging es bei der Vergabe von Werkverträgen vor allem darum, spezielles Know-how einzukaufen oder Randbereiche (Kantine, Pforte, Sicherheitsdienst) aus dem Unternehmen auszulagern. Heute setzen Unternehmen Werkverträge im Kernbereich der industriellen Wertschöpfung ein, also in Produktion (38 Prozent), Montage (28 Prozent) sowie in Forschung, Entwicklung und im Engineering (19 Prozent).¹

Werkverträge sind aktiv angebotene Trickserien

Die Lage von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern konnte in den vergangenen Jahren durch Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge und einschlägige Gerichtsurteile immer weiter verbessert werden. Unternehmensberater und Kanzleien bieten deshalb verstärkt die rechtssichere Gestaltung von Werkverträgen an: um Kosten zu senken und den Kündigungsschutz zu umgehen.²

Funktionsweise von Werkverträgen



Werkverträge sind auf dem Vormarsch

Einen belastbaren Gesamtüberblick gibt es noch nicht, aber zahlreiche Anhaltspunkte und Fallstudien, wonach Unternehmen Werkverträge gezielt einsetzen.³ In der Automobilindustrie wird der Anteil externer Zulieferer und Dienstleister an der Wertschöpfung laut einer Prognose von 62 Prozent im Jahr 2002 auf voraussichtlich 77 Prozent im Jahr 2015 zunehmen.⁴ In deutlich mehr als einem Viertel (28 %) der befragten Betriebe hat die Vergabe von Aufträgen an Werkvertragsfirmen zwischen 2009 und 2012 zugenommen.⁵

Für welche Bereiche Tätigkeiten fremdvergeben werden

42 %	Interne Dienstleistungen
38 %	Produktion
28 %	Montage
19 %	Forschung, Entwicklung, Engineering
17 %	Werkzeugbau, Vorrichtungsbau
16 %	Logistik

Quelle: IG Metall Betriebsrätebefragung 2012

Werkverträge gefährden Stammbeschaftungen

Laut der Betriebsrätebefragung der IG Metall von 2012 haben Arbeitgeber in jedem fünften Betrieb (19 %) Stammarbeitsplätze durch Werkverträge und Leiharbeit ersetzt.⁵

Werkverträge senken Kosten – zulasten der Arbeitnehmer

Unternehmen, die industrielle Dienstleistungen – oft direkt in den Werkshallen des Auftraggebers – anbieten, verzeichneten in den letzten Jahren ein enormes Wachstum. Meist haben sie keine Tarifverträge. Die Folge: Die Bezahlung ist in der Regel erheblich niedriger, häufig gibt es auch kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld und keine Erfolgsbeteiligung. Überstunden werden nicht bezahlt. Betriebsratsgremien und Möglichkeiten zur Mitbestimmung fehlen oft.

Missbrauch ist schwer nachzuweisen

Die Grenze zur eindeutig missbräuchlichen Anwendung von Werkverträgen ist fließend – und spätestens beim Einsatz von illegalen Scheinwerkverträgen überschritten. Die liegen immer dann vor, wenn zwar auf dem Papier ein Werkvertrag geschlossen wurde, faktisch aber ein Leiharbeitsverhältnis vorliegt. In der Praxis ist das allerdings häufig schwer nachzuweisen, weil die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür unzureichend sind.

Werkverträge schaden der Wettbewerbsfähigkeit

Auch für die Unternehmen birgt der Trend zur ausufernden Werkvertragsvergabe Risiken: Wichtiges Know-how geht verloren, die Abhängigkeit von Fremdfirmen steigt – ebenso wie der erhöhte Kontroll- und Koordinierungsaufwand.

19 %
der Unternehmen
ersetzen 2012
Stammarbeits-
plätze durch
Werkverträge
und Leiharbeit.

Fazit:
Die Beschäftigten
erwarten eine
stärkere Regulierung
von Werkverträgen
und gesetzliche Be-
stimmungen gegen
den Missbrauch.
Das unterstützen
67 Prozent "voll
und ganz".

¹ Betriebsrätebefragung der IG Metall, September 2012; <http://kurzlink.de/67oaFLf8C>

² Siehe u.a. <http://kurzlink.de/3dch4OMbu>

³ Andreas Koch, Werkverträge in der Arbeitswelt, OBS-Arbeitspapier Nr. 2, S. 17f., sowie Thomas Klebe, Werkverträge – ein neues Dumpingmodell?, in: Arbeitsrecht im Betrieb, 10/2012, sowie <http://kurzlink.de/XtpMSTHXs>

⁴ Tabea Bromberg, Engineering-Dienstleistungen in der Automobilindustrie, Hans-Böckler-Stiftung, 2007; <http://kurzlink.de/30vN3F8sQ>

⁵ Betriebsrätebefragung zur Beschäftigungsentwicklung, IG Metall, September 2012; kurzlink.de/ivd5IIyfg

Rente: Alt aussehen per Gesetz

Der Ausblick auf ihren Ruhestand macht die Menschen unruhig: Drei von vier Befragten fordern laut der IG Metall Beschäftigtenbefragung 2013 einen grundlegenden Kurswechsel bei den sozialen Sicherungssystemen und machen ihn damit zu ihrem wichtigsten Thema. Nicht einmal jeder Dritte kann sich vorstellen, bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter zu arbeiten. 42 Prozent fürchten, dass ihre Rente später nicht reicht. Gleichzeitig sind die Betriebe auf älter werdende Belegschaften nicht eingestellt.

Die Reformen gehen gegen die Betroffenen

Statt das Renteneintrittsalter weiter hochzuschrauben, fordern die Bürger Alternativen: 60 Prozent möchten für eine sichere Rente lieber eine durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen finanzierte Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge. 78 Prozent wollen, dass auch Selbstständige, Freiberufler und Beamte in die Rentenkasse einzahlen. Das unterstützen selbst 71 Prozent der Selbstständigen und Freiberufler sowie jeder zweite Beamte.¹

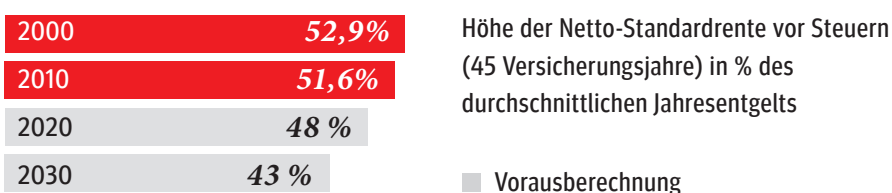
Rentenabschläge sind bereits heute hoch

2011 ging fast jeder Zweite (48,2 %) frühzeitig in den Ruhestand. Im Durchschnitt musste damit jeder auf 109 Euro Rente im Monat verzichten², während noch 1998 die durchschnittliche Höhe der Abschläge bei rund 19 Euro lag.³ Mehr als jeder zweite Neurentner (55 %) muss sich mit weniger als 700 Euro aus der gesetzlichen Versicherung begnügen.²

Der Wert der Rente sinkt noch weiter

Wer 2011 in Altersrente ging, erhielt etwa als Mann im Westen durchschnittlich 868 Euro, als Frau sogar nur 487 Euro. Das waren bereits 119 bzw. 8 Euro weniger als alle Rentner durchschnittlich erhielten.² Das Rentenniveau vor Steuern soll zudem von heute 48,9 Prozent bis zum Jahr 2030 auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens sinken.⁴

Entwicklung des Netto-Rentenniveaus vor Steuern 2000 – 2030



Quelle: Deutsche Rentenversicherung, Bundesregierung

Immer mehr erst krank, dann arm

Mit der höheren Regelaltersgrenze und strengeren Regelungen droht immer mehr älteren Kranken der Absturz in Armut und Arbeitslosigkeit. Von 355.968 Anträgen auf Erwerbsminderungsrente wurde 2012 knapp jeder zweite abgelehnt. Gleichzeitig stieg hier der Anteil der Bewilligungen mit Abschlägen zwischen 2001 und 2012 von 38 Prozent auf 96 Prozent. Der durchschnittliche Rentenzahlungsbetrag sank auf 646 Euro und damit unter das Leistungsniveau von Hartz IV. Sinkende Antragszahlen bei der Erwerbsminderungsrente deuten darauf hin, dass Beschäftigte angesichts hoher Abschläge trotz Krankheit weiter arbeiten.⁵

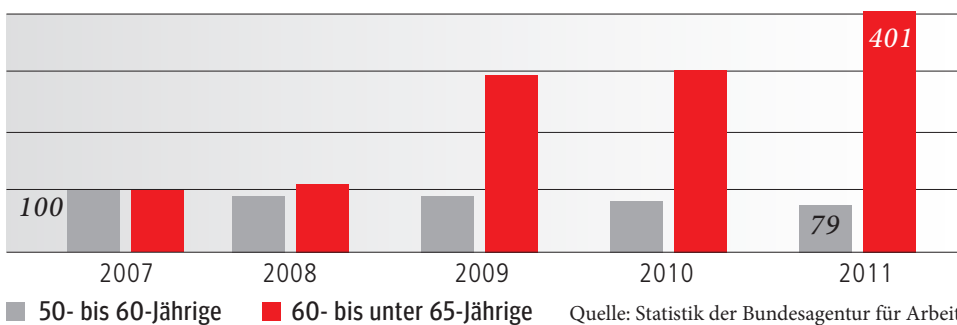
Arbeitsplätze für Ältere sind Mangelware

Heute hat noch nicht einmal jeder Dritte über 60 einen sozialversicherungspflichtigen Job – Vollzeit oder Teilzeit. Der Anteil der Beschäftigten zwischen 60 und 64 Jahren stieg 2012 im Vergleich zum Vorjahr lediglich um 2,3 Punkte auf 29,2 Prozent.⁶

Arbeitslosigkeit trifft Ältere härter

Die Arbeitslosigkeit der 55- bis unter 65-Jährigen hat sich nach dem Auslaufen vorruhestandsähnlicher Regelungen zwischen den Jahren 2007 und 2011 auf 169.000 Betroffene (8,8 %) vervierfacht. Ältere sind zudem über vier Monate länger arbeitslos als der Durchschnitt.⁷

Die relative Entwicklung der Arbeitslosigkeit Älterer in Prozent



Betriebe sind auf ältere Belegschaften nicht vorbereitet

Besonders betroffen von den politischen Entscheidungen in der Rentenpolitik sind Beschäftigte, deren Arbeit körperlich und geistig besonders belastend ist. Ob Ergonomie, Produktionsabläufe oder Schichtarbeitszeiten: Im Organisationsbereich der IG Metall gehen die Betriebe alters- und altersgerechte Arbeitsplätze zu 51 Prozent „nahezu nie“ und zu 41 Prozent „selten“ an. Gleichzeitig sind aktuell nur 3,8 Prozent der Beschäftigten über 60 Jahre alt.⁸

70,8 %

der 60- bis 64-Jährigen haben keinen sozialversicherungspflichtigen Job.

Fazit:

Die Beschäftigten erwarten eine Möglichkeit, früher aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Für 92 Prozent ist das wichtig bzw. sehr wichtig. 98 Prozent fordern einen besonderen Kündigungsschutz im Alter. 77 Prozent fordern "voll und ganz" die Rücknahme der Rente mit 67.

487 Euro erhalten Rentnerinnen im Westen pro Monat.

¹ TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der IG Metall; Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung; KW 14/2013; <http://kurzlink.de/7rilDsFpv>
² Rentenversicherung in Zahlen 2012; DRV Bund, 06/12; <http://kurzlink.de/VE3e0sCox>
³ Rentenversicherung in Zeitreihen, Deutsche Rentenversicherung 2012; <http://kurzlink.de/Qqx4P8qyc>
⁴ Rentenversicherungsbericht 2012, Bundesministerium für Arbeit und Soziales; <http://kurzlink.de/PM3QEr6h5>

⁵ Indikatoren zu Erwerbsminderungsrenten im Zeitablauf, Deutschen Rentenversicherung, 05/2013; <http://kurzlink.de/os7GLN5Su>
⁶ Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Bevölkerungsdaten, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Beschäftigungsquoten nach Altersgruppen, 09.04.2013 sowie <http://kurzlink.de/0rg0lo3nq>
⁷ Bundesagentur für Arbeit, Ältere am Arbeitsmarkt, März 2012; <http://kurzlink.de/HHTRCKLQX>
⁸ Betriebsrätebefragung „Gute Arbeit – gut in Rente“, IG Metall, 08/2012; <http://kurzlink.de/zsGkN6uID>

Weitere Informationen

Noch mehr Daten, Fakten, Hintergründe
sowie Schlussfolgerungen erhalten Sie
auf den Kampagnen-Websites der IG Metall:

www.revolutionbildung.de

www.gleiche-arbeit-gleiches-geld.de

www.fokus-werkvertraege.de

www.gut-in-rente.de

Oder schreiben Sie eine E-Mail an:

kampagnen@igmetall.de

Herausgeber

IG Metall Vorstand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

60329 Frankfurt am Main

www.igmetall.de